

Das Verbot des Tragens der Seitenwaffe. Stellungnahme des Berufsgagistenverbandes.

Wien, 4. April.

Der Wirtschaftsverband der Berufsmilitärgagisten als Ständes- und Berufsvertretung der deutschösterreichischen Offiziere, Militärbeamten und Gagisten ohne Rangklasse nimmt in folgender Kundgebung zum Erlasse des Staatsamtes für Heerwesen, betreffend die Distinktionsänderung und Abschaffung des Tragens der Seitenwaffe außer Dienst, Stellung:

Die neuen Bestimmungen über die Distinktionen kommen dem Zeitgeiste entgegen, brechen mit der traditionellen Rangtarnzeichnung der alten gemeinsamen Armee, in der alle Erinnerungen der gesamten Berufsmilitärpersonen und aller einstigen Soldaten verkörpert sind, zeigen aber nunmehr die Selbstständigkeit der Wehrmacht Deutschösterreichs und ihr Bestreben, sich an die Wehrmacht der deutschen Republik vorerst äußerlich anzuschließen. Wenn die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen unsererseits Verständnis findet, so stellt jedoch die anbefohlene Abschaffung des Tragens der Seitenwaffe der Seitenwaffe hohe Ansprüche an die Selbstüberwindung jedes Berufsmilitärs, und es ist dem Wirtschaftsverbande nicht leicht geworden, seine Mitglieder zu bestimmen, sich zu fügen und von dem alten Soldaten heiligen, durch Jahrhunderte in treuester Pflichterfüllung vor dem Feinde stets neu erworbenen Recht des Tragens der Seitenwaffe abzugehen. Jeder alte Soldat, Mann oder Offizier, der ehrlich vor dem Feinde seine Pflicht getan, der seinem deutschen Volke mitgeholfen hat, einer Welt von Feinden standzuhalten, wird es gerade in dem Augenblicke, der jeden Deutschen zum Wiederaufbau ruft, nicht verstehen, daß diese neue Kränkung ausgeheckt werden mußte. Von allen Schichten der Bevölkerung, Arbeitern, Bauern und Bürgern, erwartet nun der Verband der Berufsmilitärgagisten, daß sie es den Offizieren und Militärbeamten nicht noch mehr erschweren, Land und Wolf gegenüber ihre Pflicht zu tun. Von der Leitung der Regierung und dem Staatssekretär für Heerwesen erwartet der Verband, daß sie ihre ganze Kraft einsetzen werden, örtliche Willkürakte, wie sie in Graz, Wiener-Neustadt und Baden vorkamen, zu verhindern. Dann nur können sich die Militärgagisten, wenn auch schweren Herzens, dieser neuen Belastungsprobe ihrer Ueberzeugung unterziehen.